

## Antrag

**der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Sahra Wagenknecht, Andrej Hunko, Ali Al-Dailami, Klaus Ernst, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Zaklin Nastic, Jessica Tatti, Alexander Ulrich und der Gruppe BSW**

### Deutsch-syrische Beziehungen wieder aufnehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Im Mai 2023 ist Syrien in die Arabische Liga zurückgekehrt und das Land hat wieder diplomatische Beziehungen zu arabischen Staaten aufgenommen. Die EU-Mitglieder Italien, Österreich, Kroatien, Tschechien, Zypern, Griechenland, Slowenien und die Slowakei warben im Juli 2024 für bessere Beziehungen zu Syrien, um menschenwürdige Lebensbedingungen dort zu schaffen, um eine sichere Rückkehr von Flüchtlingen zu gewährleisten und um weitere, ökonomisch erzwungene Migration aus Syrien zu verhindern.
2. Der Zusammenbruch der syrischen Wirtschaft und der staatlichen Daseinsvorsorge ist nach dem weitgehenden Ende der bewaffneten Auseinandersetzung in erste Linie auf die weitreichenden Wirtschaftssanktionen der USA und der EU zurückzuführen. Die westlichen Wirtschaftssanktionen verhindern auch den Wiederaufbau des Landes und die Lieferung humanitärer Hilfe in alle Landesteile. Die Kommission der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Soziales in Westasien (UN-ESCWA) bezeichnet die Sanktionen gegen Syrien als die „kompliziertesten und weitreichendsten Strafmaßnahmen, die jemals verhängt wurden“. In ihrem jüngsten Bericht vom 12. Juli 2024 weist UN-ESCWA erneut auf die negativen Konsequenzen der Sanktionen für die syrische Wirtschaft und die syrische Bevölkerung hin ([www.unescwa.org/news/escwa-report-sanctions-unintended-effects-population-syrian-aran-republic](http://www.unescwa.org/news/escwa-report-sanctions-unintended-effects-population-syrian-aran-republic)).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die diplomatischen Beziehungen zu Syrien vollumfänglich wiederaufzunehmen und die deutsche Botschaft in Damaskus wieder zu eröffnen;
2. die Wirtschaftssanktionen, die zu einer Verarmung der syrischen Bevölkerung führen sowie den Wiederaufbau des Landes blockieren und eine wesentliche Fluchtursache darstellen, zu beenden und im EU-Rat einer weiteren Verlängerung nicht mehr zuzustimmen.

Berlin, den 25. September 2024

**Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe**

